

15. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz, 5. Dezember 1951.331/A.B.zu 349/JAnfragebeantwortung.

Bezugnehmend auf die Anfrage der Abg. Ernst F i s c h e r und Genossen, betreffend Dokumente und Tatsachen über die Aufrüstung Österreichs, teilt Bundeskanzler Dr. Dipl.-Ing. F i g l namens der Bundesregierung mit:

"Die in der Anfrage vorgelegten Unterlagen wurden einem eingehenden Studium unterzogen. Dabei wurde jedoch festgestellt, dass sie zu einer objektiven Beurteilung des Sachverhaltes nicht ausreichen. Der wesentlichste Mangel der Vorlage liegt darin, dass wichtige Gebiete Österreichs überhaupt nicht näher in die Darstellung einbezogen wurden. Während bei der Zusammenstellung der Unterlagen betreffend den Westen unseres Landes offensichtlich weder an Fleiss noch an Kosten noch schliesslich an Phantasie gespart wurde, fehlen jegliche Unterlagen über die sowjetische Zone. Es sind, um nur jedem Österreicher bekannte Fakten zu nennen, weder der Truppenübungsplatz Döllersheim erwähnt, noch sind der Ausbau von Militärflugplätzen oder Artillerieschiessplätzen oder die Anhäufung von Kriegsmaterial in Niederösterreich und Burgenland genannt oder gar gewertet. Es wäre daher erforderlich, dass die Verfasser dieses derzeit noch lückenhafte Elaborat durch ebenso eingehende Untersuchungen in der sowjetischen Zone Österreichs ergänzen und das Ergebnis etwa in Form eines Anhangs dem vorliegenden Weissbuch beischliessen.

Da anzunehmen ist, dass die Verfasser der Schrift das besondere Vertrauen der in Frage stehenden Besatzungsmacht genossen, könnten derartige Erhebungen zweifellos unter besonders günstigen Bedingungen durchgeführt werden. Diese Arbeit würde sich schon aus dem Grunde lohnen, weil das Ergebnis des höchsten Interesses nicht nur dieses Hohen Hauses, sondern auch der gesamten österreichischen Bevölkerung sicher wäre.

Sobald ein derartiger Annex obiger Anregung gemäss fertiggestellt sein wird, wird anheimgestellt, die Bundesregierung neuerlich zu befassen.

Was den 2. Punkt der Anfrage betrifft, hat die Bundesregierung ihren bisherigen wiederholten Erklärungen, dass sie entschlossen ist, sich jeder Eingliederung Österreichs in irgendeinen aggressiven Block zu widersetzen und jeden Versuch der Zerreissung Österreichs als Hochverrat zu verfolgen, nichts hinzuzufügen."